

ENERGIEKRISE**CHEMIE SICHERT WOHLSTAND UND DASEINSVORSORGE****KONTEXT**

Maximale Unsicherheit bei der Gasversorgung, explodierende Preise für Energie und Rohstoffe – die Folgen des russischen Angriffskrieges in der Ukraine treffen die chemische Industrie in ihren Grundfesten. Als Branche, die Gas als Rohstoff und Energieträger kaum kurzfristig ersetzen kann, verzeichnen wir seit Kriegsbeginn schwerwiegende Belastungen für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit – zusätzlich zur anhaltenden Vorbelastung durch Pandemie und gestörte Lieferketten. Zum Erhalt von Standort und Beschäftigung wie auch für die Sicherung der Grundversorgung ist die Politik mehr denn je gefordert: Sie muss entscheiden, welche Sektoren und Unternehmen im Fall eines Gas-Mangels vorrangig versorgt werden.

FAKTEN

- Die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie steht für 1.900 Betriebe mit 580.000 Beschäftigten und mehr als 220 Milliarden Euro Umsatz (2021).
- Unsere Branche ist die „Industrie der Industrien“: Für 90 Prozent aller Produktionsprozesse werden chemische Produkte benötigt – von A wie Agrarprodukte bis Z wie Zytostatika. Entsprechend wichtig ist sie sowohl für die Arbeitsfähigkeit der gesamten Industrie, die daran hängenden Arbeitsplätze als auch die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Waren.
- Die Widerstandsfähigkeit der Chemie-Industrie ist somit ein wesentlicher Stabilisierungsfaktor, um eine gesellschaftliche Akzeptanz für die Sanktions- und Energiepolitik der Bundesregierung zu gewährleisten und die sozialen, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Herausforderungen meistern zu können.
- Mit einem Anteil von 15 Prozent ist die Branche der größte Verbraucher von Erdgas in Deutschland. Unsere Anlagen sind schon aus eigenem Interesse auf Effizienz getrimmt, Einsparpotenziale ausgereizt.
- Chemie und Pharma bieten Hunderttausende tariflich abgesicherte und hervorragend bezahlte Arbeitsplätze; wir schaffen jährlich rund 9.000 neue Ausbildungsplätze in über 50 Berufen.

UNSER STANDPUNKT**Die Politik muss entscheiden, wer im Ernstfall mit Gas versorgt wird**

- Es gilt das Primat der Politik. Die Bundesregierung muss entscheiden und begründen, welche Bereiche versorgt werden, wenn das Gas knapp wird. Ein „Entweder-Oder“ darf es dabei nicht geben, denn Bürger und Industrie sitzen in einem Boot, auch wenn ihnen von den Medien gerne vermeintlich gegensätzliche Interessen zugeschrieben werden. Es geht nicht um „Warme Wohnung“ gegen „Gewinn“.
- So können zum Beispiel Einrichtungen des Gesundheitswesens ihren Auftrag nur erfüllen, wenn ausreichend Medikamente zur Verfügung stehen.
- Für diese Produkte braucht es zugleich Vorprodukte und Verpackungen. Nur wenn die Lieferketten intakt sind, kann unsere Branche die Produkte liefern, die wir alle zum Leben brauchen.

Schutzschirm für Standort und Beschäftigung spannen

- Selbst wenn systemrelevante Bereiche unserer Branche den Betrieb im Fall eines Gas-Mangels aufrechterhalten können, wird es viele andere Betriebe geben, deren Situation existenzbedrohend ist, weil sie die Produktion aufgrund von Rohstoffmangel oder zu hohen Kosten einstellen müssen.
- Chemische Prozesse können nicht einfach ein- und ausgeschaltet werden. Es drohen verheerende und teils irreparable Schäden für unsere Branche – und damit für den gesamten Standort Deutschland. Auch langfristig brauchen wir eine starke Industrie in Deutschland und Europa.
- Teil der Planung für den Ernstfall muss deshalb auch ein Schutzschirm für Standort und Beschäftigung sein, der den betroffenen Unternehmen hilft und Arbeitsplätze sichert.

In der Krise an einem Strang ziehen und den Laden am Laufen halten

- Wir arbeiten als Teil der „Konzertierten Aktion“ mit Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften daran, den Wohlstandsverlust durch Krieg und Inflation zu begrenzen und die Lasten fair zu verteilen.
- Es geht darum, den Laden am Laufen zu halten. Nur wenn das gelingt, können wir die Versorgung mit notwendigen Gütern garantieren, Jobs sichern, Steuern zahlen, Sozialsysteme finanzieren.
- Tarifverhandlungen führen wir weiterhin in eigener Verantwortung mit unserem Sozialpartner. Arbeitgeber und Gewerkschaften müssen gemeinsam verantwortlich handeln, flexibel auf die Entwicklung der Lage reagieren und Antworten auf diese Extrem-Situation finden.